

Eine Geschichte der Namenlosen: Die Deutsche Gesellschaft im Spiegel sozialer Bewegungen

Bois, Marcel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bois, M. (2008). Eine Geschichte der Namenlosen: Die Deutsche Gesellschaft im Spiegel sozialer Bewegungen. *360° – Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft*, 3(2), 64-71. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76499-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

MAHNEN+ERINNERN°



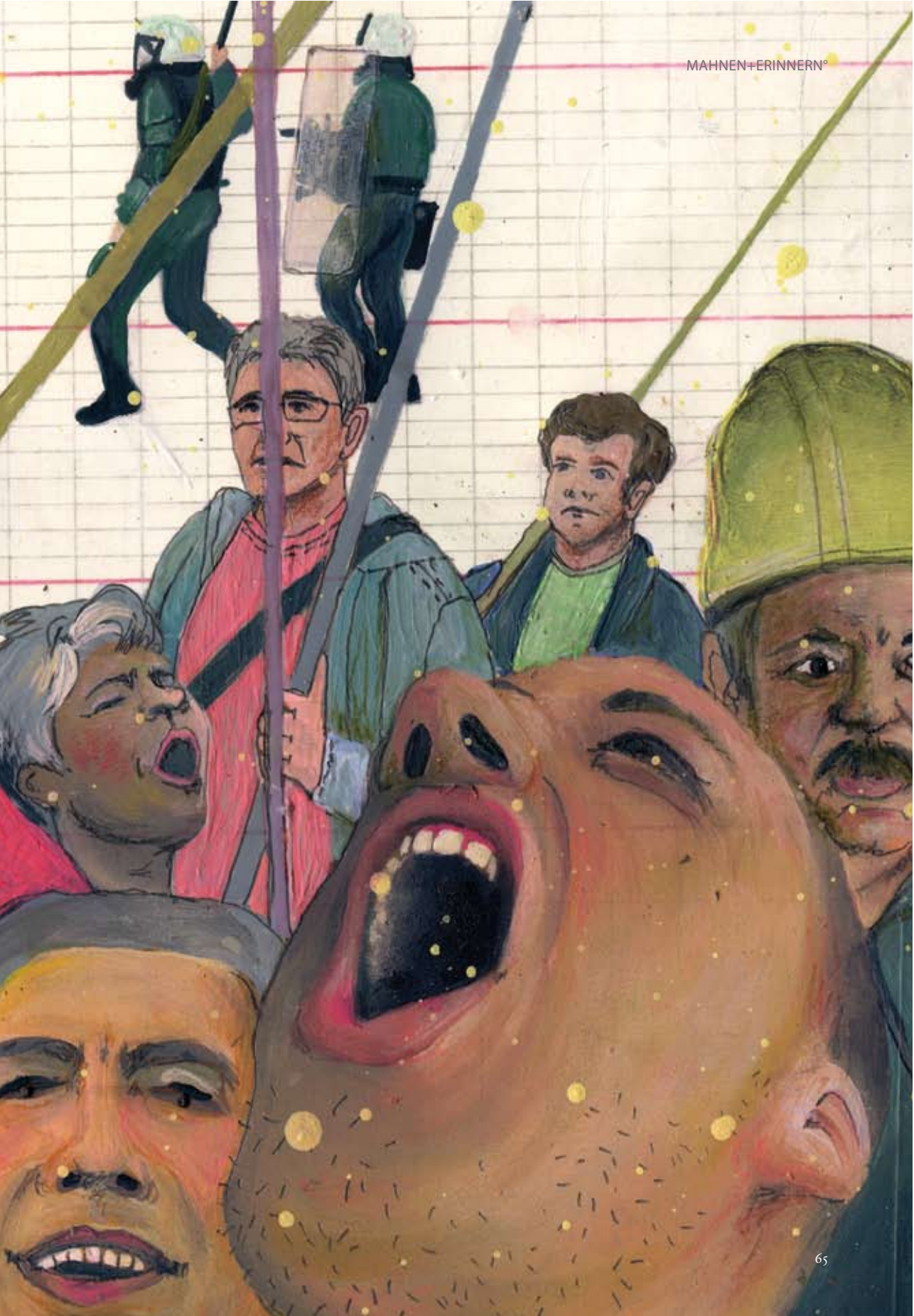
EINE GESCHICHTE DER NAMENLOSEN

DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT IM SPIEGEL SOZIALER BEWEGUNGEN

Bismarck, Adenauer, Kohl – „Große Männer machen Geschichte!“. Könnte man meinen. So einfach ist das aber nicht.

Essay: Marcel Bois // Illustration: Liv Raab





In den kommenden Wochen jährt sich die Novemberrevolution von 1918 zum 90. Mal. Die Arbeiter- und Soldatenbewegung beendete damals das vierjährige Massenmorden des Ersten Weltkriegs und stürzte die jahrhundertealte monarchistische Ordnung. Die Akteure der Revolution entmachteten nicht nur Kaiser Wilhelm II., sondern alle 22 deutschen Könige, Herzoge und Fürsten und legten so den Grundstein für einen demokratischen Neuanfang. Mit der Novemberrevolution gingen Errungenschaften einher wie das Frauenwahlrecht, der Acht-Stunden-Tag und die parlamentarische Demokratie. Auch der kulturelle Aufbruch der „Goldenen Zwanziger“ wäre vermutlich ohne die Ereignisse vom November 1918 nicht möglich gewesen.

Nichtsdestotrotz wird es anlässlich dieses Jahrestages in den Feuilletons der deutschen Zeitungen relativ ruhig zugehen. Es ist kaum zu erwarten, dass die Revolution ein besonders großes mediales Interesse wecken wird. Schon gar nicht ist davon auszugehen, dass der 9. November zum nationalen Gedenktag erklärt oder als Staatsakt begangen wird. In der Vergangenheit war das nicht der Fall; warum sollte es diesmal anders sein? Vielmehr werden die Ereignisse langsam, aber sicher aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängt. So hat das bayerische Kultusministerium erst kürzlich beschlossen, die Novemberrevolution aus dem Lehrplan der gymnasialen Oberstufe zu streichen.

Der Umgang mit der Novemberrevolution ist kein Einzelfall. Auch andere soziale Bewegungen spielen im Geschichtsbild der Bundesrepublik nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die Errungenschaften der Ar-

beiter-, Frauen-, Friedens- oder Umweltbewegungen werden kaum gewürdigt. Einzige Ausnahmen sind die Widerstandsbewegungen gegen die beiden Diktaturen auf deutschen Boden: die Revolution in der DDR im Jahr 1989, der Arbeiteraufstand gegen das SED-Regime am 17. Juni 1953 sowie der deutsche Widerstand gegen die NS-Herrschaft – hier hauptsächlich die (konservative) Bewegung des 20. Juli 1944. Allein ihrer wird angemessen gedacht.

Dass die Geschichte der Proteste in den beiden deutschen Republiken, Weimar und Bonn/Berlin, so vernachlässigt wird, ist ein Fehler. Schließlich waren es gerade die sozialen Bewegungen, die maßgeblich Einfluss auf die deutsche Geschichte genommen haben. Viele politische und soziale Errungenschaften unserer heutigen Gesellschaft haben wir jenen Menschen zu verdanken, die hierfür gekämpft, protestiert und gestritten haben.

GESCHICHTE SCHREIBEN DIE SIEGER

Viele Demonstrationen, Streiks und Initiativen der deutschen Geschichte sind in Vergessenheit geraten. Bei den meisten ist das zwar schade, dennoch verzeihlich: Sie waren klein, lokal begrenzt und haben keine gesellschaftliche Ausstrahlungskraft entwickelt. Bei anderen hingegen ist es verwunderlich – gerade wenn es sich um landesweite Bewegungen handelte. Ein Beispiel liefern die Antifaschistischen Komitees vom Frühjahr 1945: Zu Hunderten entstanden sie nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes im gan-

zen Land. In den ersten Wochen nach Kriegsende begannen die Komitees mit der Entnazifizierung in den Verwaltungen und Betrieben, dienten aber zugleich der kollektiven Selbsthilfe. Sie hinderten führende Nationalsozialisten am Untertauchen und übernahmen die für das Überleben notwendigen öffentlichen Funktionen, indem sie die Strom- und Wasserversorgung wieder in Gang setzten und die Aufräumarbeiten sowie die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung organisierten.

Keine zwei Monate nach ihrer Gründung wurden die Komitees verboten – sowohl in der amerikanischen als auch in der sowjetischen Besatzungszone. Nicht nur das: Viele der von ihnen durchgeführten Entlassungen von Nazis wurden von den alliierten Militärbehörden wieder zurückgenommen. Diese erste basisdemokratische Bewegung im Nachkriegsdeutschland ist seitdem aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden.

Wie kam es dazu? Die Komitees waren politisch nicht gewollt. Sie liefen einerseits dem Bild entgegen, die Alliierten würden die Demokratie ins Land bringen. Zudem hatten die Alliierten auch kein strategisches Interesse daran, dass die Menschen der Bundesrepublik ihre Geschicke selbst in die Hand nahmen. Vielmehr sollte Deutschland nach den Vorstellungen der Alliierten wieder aufgebaut werden. Das Bonmot „Geschichte schreiben die Sieger“ materialisierte sich hier in aller Deutlichkeit.

Das Beispiel der Antifaschistischen Komitees stellt keine Ausnahme dar. Vielmehr ist die Ignoranz gegenüber Bewegungen von unten bezeichnend für die Art

und Weise, wie Geschichte im öffentlichen Diskurs verstanden wird. Exemplarisch hierfür steht eine Aussage des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog in seiner Rede anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland: „Zur heutigen Gestalt Deutschlands haben viele beigetragen. Ich will hier nur ganz wenig nennen: den Willen Konrad Adenauers, die alte Bundesrepublik fest in der westlichen Gemeinschaft zu verankern, die Bereitschaft Kurt Schumachers, diesen Weg aus der Opposition heraus konstruktiv zu begleiten, den Brückenschlag nach Osten durch Willy Brandt und die Vollendung der staatlichen Einheit durch Helmut Kohl.“ In Herzogs Ausführungen kommt ein Geschichtsverständnis zum Ausdruck, das zumindest die Geschichtswissenschaft größtenteils überwunden hat: die Vorstellung, dass große Männer Geschichte machen. So einfach ist es nicht. Die meisten Errungenschaften der heutigen Zeit haben wir nicht großen Männern zu verdanken, sondern den sozialen Bewegungen. Exemplarisch zeigt dies die Geschichte des deutschen Sozialstaates.

KEIN SOZIALSTAAT OHNE SOZIALE BEWEGUNG

Die Entstehung des deutschen Sozialstaates wird vor allem mit den Namen Otto von Bismarck und Konrad Adenauer in Verbindung gebracht. Dass ausgerechnet zwei konservative Kanzler sich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt haben, hatte wenig mit ihrer „sozialen Ader“ zu tun. Vielmehr gelang es der zeitgenössischen Arbeiterbewegung, so viel politischen Druck aufzubauen, dass

EDITION • LE MONDE *diplomatique* 2008 • N° 4 • [D] 8,50 €

Immer der Arbeit nach

Migration im Zeitalter der Globalisierung



WO ES BESSER IST...

Sie machen die Globalisierung erst möglich – und sind ihre ersten Opfer.
Sie verlassen ihre Familien – und unterstützen die Ökonomie ihrer Heimatländer.
Migrantinnen und Migranten treiben das 21. Jahrhundert an.

*Juri Andruchowytch, Petra Dannecker, Eric Hobsbawm
und Ilija Trojanow (u. a.) folgen den Wegen der Migration.*

.....
DAS NEUE HEFT DER EDITION LE MONDE DIPLOMATIQUE

Bestellen Sie jetzt: www.monde-diplomatique.de • Auch im Abo oder in Ihrer Buchhandlung

8,50 €, broschiert, 112 Seiten,
ISBN 978-3-937683-20-1



LE MONDE *diplomatique*
Der globale Blick

sich die Regierungschefs gezwungen sahen, deren soziale Lage zu verbessern. So warnte 1889 Kaiser Wilhelm II. seinen Kanzler anlässlich eines großen Bergarbeiterstreiks, man müsse „eingedenk sein, dass fast alle Revolutionen aus dem Versäumnis rechtzeitiger Reformen entstanden“. Nur aus der Angst heraus, gestürzt zu werden, ist seine wenig später formulierte Forderung nach gesetzlichen Beschränkungen für die Sonntags- und Nacharbeit, nach staatlichen Schlichtungsstellen und dem Ausbau von Schulen und Krankenhäusern zu verstehen. Auch das 1891 erlassene Arbeiterschutzgesetz entstand unter dem Druck sozialer Bewegungen.

Ähnliches gilt für den Ausbau des Sozialstaates unter Adenauer. So war die von seiner Regierung im Jahr 1957 eingeführte „dynamische Rente“ – die jährliche Anpassung der Rentenlöhne an die Bruttolöhne der Beitragszahler – eine Reaktion auf das neu erwachte Selbstbewusstsein der Gewerkschaften nach dem Krieg. Kurz zuvor, im Oktober 1956, hatte die IG Metall die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden durchgesetzt. Im selben Monat traten 34.000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in einen fast vier Monate lang anhaltenden Arbeitskampf, an dessen Ende die Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stand.

Aber nicht nur unter Bismarck und Adenauer galt: Fast alle größeren Sozialreformen gingen mit außerparlamentarischen Protesten einher. So führte der Druck der Massenstreiks und -demonstrationen während der Revolution 1918/19 dazu, dass die Arbeitgeberverbände einem Zentralabkommen mit den Gewerkschaften zustimmten, welches die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge vorsah. Des Weiteren akzeptierten die Arbeitgeber die Bildung von Betriebsräten in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten sowie die Einführung des Acht-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich. Ein halbes Jahrhundert später ein ähnliches Bild: Erfolgreiche Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den Jahren 1969

bis 1974 führten unter anderem zur Senkung des Rentenalters auf 63 bei Männern und 60 Jahre bei Frauen, zum Ausbau des Bildungssektors und zur Einführung der Ausbildungsförderung für Schüler und Studierende (BAföG).

Nicht nur viele materielle Verbesserungen sind von sozialen Bewegungen erkämpft worden. Außerparlamentarische Kräfte haben auch maßgeblich Einfluss auf das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik genommen. Prominentes Beispiel ist die 68er-Bewegung. Ohne die Proteste der Studierenden und jungen Arbeitnehmer wäre die in der Geschichtswissenschaft gelegentlich als „Fundamental-Liberalisierung“ bezeichnete Wandlung der bundesrepublikanischen Gesellschaft nicht denkbar gewesen. Die Demokratisierung der Hochschulen, die „Bildungsexpansion“ und auch eine erste ernsthafte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit sind direkte Produkte dieser Bewegung.

Zudem hatten die Debatten der 68er über gesellschaftliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie über gleichen Lohn für gleiche Arbeit maßgeblich Einfluss auf das Entstehen der Frauenbewegung der frühen 70er Jahre – namentlich auf die Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen 218. Auch wenn Frauen bis heute schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen und sie auch in den Chefetagen noch immer eine Minderheit darstellen, so ist es doch dieser Bewegung zu verdanken, dass sich das Frauenbild in unserer Gesellschaft verändert und sich die soziale Situation der Frauen verbessert hat.

Auch die in den 70er Jahren aufkommende Umweltbewegung hatte nicht nur unmittelbare Erfolge zu verzeichnen – wie die Verhinderung eines Atomkraftwerks im badischen Wyl 1975 oder den Stopp der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf 1989. Zudem war sie dafür verantwortlich, dass hierzulande Diskurse über den Atomausstieg, über regenerative Energien und den Klimaschutz bereits wesentlich früher als in

anderen Ländern geführt wurden. Es kommt nicht von ungefähr, dass die größte grüne Partei Europas aus Deutschland stammt.

ERFOLGSGESCHICHTEN WAREN GESTERN

Eine unmittelbare Verbesserung der Gesellschaft stand nicht immer im Zentrum der Aktivitäten sozialer Bewegungen: Manchmal ging es auch nur um die Bewahrung des Status quo. Das erfolgreichste Beispiel eines solchen Abwehrkampfes stammt aus der Weimarer Republik. 1920 planten rechtsgerichtete Militärs unter der Führung des Verwaltungsbeamten Wolfgang Kapp und des Generals Walther von Lüttwitz die Errichtung einer Militärdiktatur. Im März jenes Jahres stürzten sie die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung. Es folgte der größte Generalstreik der deutschen Geschichte: Vier Tage standen im ganzen Land die Räder still. Dann gaben die Putschisten auf – weil ihnen die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Landes die Unterstützung verweigert hatten. Die Republik war gerettet.

Wenige Jahre später zeigte sich aber auch, welch großen Einfluss das Nicht-Handeln sozialer Bewegungen auf den weiteren Verlauf der Geschichte haben kann: Als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Kanzler ernannt wurde, gab es keinen nennenswerten Widerstand auf den Straßen. Obwohl die beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich wussten – sie hatten bei den letzten freien Wahlen zusammen mehr Stimmen als die Nationalsozialisten erhalten – konnten sie sich auf kein gemeinsames Vorgehen gegen Hitler einigen. Die größte und stärkste Arbeiterbewegung der Welt war kampfflos geschlagen.

Innerhalb weniger Monate wurden ihre Parteien und Gewerkschaften verboten, viele ihrer Akteure in die Gefängnisse und ersten Konzentrationslager des neuen Regimes gesteckt. Das dunkelste Kapitel in der deutschen Geschichte begann.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben soziale Bewegungen schwere Niederlagen hinnehmen müssen. So wurden trotz jahrelanger, massiver Proteste sowohl die Startbahn West am Frankfurter Flughafen (1982) als auch das Atomkraftwerk Brokdorf (1986) schließlich gebaut. Ebenso wenig konnten Anfang der 80er Jahre Hunderttausende, die gegen den „NATO-Doppelbeschluss“ auf die Straße gingen, die Stationierung von atomaren Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik verhindern. Auch wenn diese Niederlagen keine mit 1933 vergleichbaren Folgen hatten, wurde deutlich, dass sie ebenfalls gesellschaftliche Entwicklungen geprägt haben. So trug gerade die Niederlage der Friedensbewegung 1982 maßgeblich zum Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition und zum Beginn der Ära Kohl bei. Dies zeigt: Eine geschwächte soziale Bewegung kann der „anderen Seite“ neues Selbstbewusstsein verleihen.

Seit den frühen 80er Jahren wurden viele der in den Jahrzehnten zuvor erkämpften, sozialstaatlichen Verbesserungen wieder zurückgenommen. Das Renteneintrittsalter wurde erhöht, das Prinzip der paritätischen Krankenversicherung ausgehöhlt, die Arbeitslosenhilfe gekürzt, die generelle Gebührens-freiheit für Studierende aufgegeben und der Kündigungsschutz eingeschränkt. Es kommt nicht von ungefähr, dass der massive Abbau des Sozialstaates in eine Zeit fällt, in der die Gewerkschaften wichtige Arbeitskämpfe verloren haben und Mitgliederverluste verkraften müssen. Die Zahl der Streiks ist so niedrig wie lange nicht.

BRECHT FÜR HISTORIKER

1935 formulierte Bertolt Brecht genau jene Fragen, die unser Geschichtsbild leiten sollten. In den ersten Versen seines Gedichts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ heißt es: „Wer baute das siebentorige Theben?/ In den Büchern stehen die Namen von Königen/ Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?/ Und das mehrmals zerstörte Babylon –/ Wer baute es so viele Male auf?“

Wie schon in der Antike waren es auch in den vergangenen 150 Jahren jene unzähligen Namenlosen, die unsere Gesellschaft durch ihre Taten maßgeblich beeinflusst haben. Sie waren die Akteure jener sozialen Bewegungen, die gesellschaftliche Stimmungen geprägt, soziale Rechte erkämpft und politische Veränderungen erreicht haben. Nur im Spiegel ihrer Handlungen, Erfolge und Misserfolge ist die deutsche Gesellschaft zu verstehen. Daher kommt eine ernsthafte Historiographie an diesen Bewegungen nicht vorbei.

°Marcel Bois M.A. ist wissenschaftliches Beiratsmitglied von 360°, promoviert am Department Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg und arbeitet im Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

